

# P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 5 - Gesundheitsdienstgesetz -

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Angelika Birk:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 355.01 / 14.12.2001**

Grüne

## **Das neue Gesundheitsdienstgesetz: Ein demokratisches Steuerungsinstrument für die kommunale Gesundheitspolitik**

Das moderne Gesundheitsamt ist mehr als ein Amt für Seuchenhygiene und Berufsfähigkeitsbescheinigungen. Das neue Gesetz definiert die Aufgabe dieser Dienstleistungsbehörde vor allem als Koordinatorin für alle gesundheitsrelevanten Entscheidungen und Strukturen in der Kommune.

Das moderne Gesundheitsamt holt alle für die Gesundheit vor Ort Verantwortlichen, sei es des öffentlichen Dienstes, der Krankenkassen, der Ärzteschaft, Pflege, Selbsthilfegruppen usw. an einen Tisch, um die Umsetzung gesundheitspolitischer Ziele für die Region zu vereinbaren und zu organisieren.

Auf der Grundlage einer soliden, interkommunal und mit der Landesebene abgestimmten Gesundheitsberichterstattung erwarten wir, dass die kommunale Selbstverwaltung, die Chance ihrer Rolle nutzt, denn im Rahmen sich heftig verändernder gesundheitspolitischer Parameter tragen Kreise und Städte mehr denn je die Verantwortung für gesunde Verhältnisse vor Ort. Zurecht spricht das neue Gesetz in diesem Zusammenhang auch von Umweltmedizin.

*BÜNDNIS 90*  
**DIE GRÜNEN**

Bewährte Präventions- und Interventionsfelder der kommunalen Gesundheitsarbeit werden in moderner Form fortgeschrieben. Den Versuchen der kommunalen Spitzenverbände und der FDP, sich aus der bisherigen kommunalen finanziellen Hauptverantwortung für die bisher äußerst erfolgreichen Zahnvorsorgeuntersuchungen in Kindertagestätten und Schulen herauszustehlen, treten wir mit dem Gesetz entschieden entgegen, und haben als Grüne auf eine eindeutige Formulierung bestanden. Hier zu sparen, würde sich mit dicken Backen schmerzhaft und teuer rächen.

Dies gilt auch bei der Beratung und Hilfe für Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von rechtlicher Diskriminierung, Scham oder Unkenntnis der Zuständigkeiten erschweren Zugang zu kassenfinanzierten Leitungen haben, wie zum Beispiel MigrantInnen oder Obdachlose. Sexualberatung, anonyme kostenlose Aidstest, Hilfe für überforderte Eltern von Kleinkindern, Unterstützung von Selbsthilfegruppen sind ebenfalls unverzichtbare Grundlagen der Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort.

\*\*\*